

für Elberfeld-Barmen

..... **B a r m e n**
 Hauptgeschäftsstelle und Redaktion **Reinertweg 57**
 Fernspr. für Geschäftsstelle u. Redaktion **Nr. 714 u. 4997.**

Deutscher Reichstag.

Amerikas Interesse an einem geordneten Europa.

auf dem rechten Wege darstellt, der zur Beseitigung schädigender Zwistigkeiten führt. Der Gerichtshof stellt ein Werkzeug internationaler Gerechtigkeit dar, während das bisher übliche Gerichtsverfahren von Fall zu Fall von den Beteiligten und von politischen Gesichtspunkten beeinflusst war. Wir können für die Verbesserung dieses Apparats viel mehr leisten, wenn wir darauf hinwirken, als wenn wir von weitem zusehen. Ich beschwigne nicht, Rechte unseres Volkes preiszugeben, aber ich hoffe, daß unser Einfluß und unsere Mitwirkung in diesem Gerichtshof geeignet ist, den Weltfrieden zu fördern. In dem der Gerichtshof seine Zweckmäßigkeit erweist und den Geist der Zusammengehörigkeit unter den Völkern fördert, könnte er einer Weltkonferenz der Völker vorarbeiten, die die Aufgabe hätte, ein Gleichgewicht des Rechtes aufzustellen als Vorbedingung der Herrschaft des Friedens durch das Recht. Zugleich aber wäre eine Vorbedingung dafür gegeben, daß die Völker sich wieder verstehen. Das stellt die beste Friedensgarantie und Friedenssicherheit dar.

Das Ackerbauamt veröffentlicht einen Bericht von Sachverständigen, in welchem dargestellt wird, wie notwendig es für die amerikanischen Farmer sei, daß Europa endlich zur Ruhe komme.

Berlin, 25. April. Die „B. Z.“ hört, begibt sich der amerikanische Botschafter Dough-ton am 2. Mai nach Washington, wo er über die Lage in Deutschland Bericht erstatten wird.

Parteilärden in einem schwierigen Augenblick der außenpolitischen Lage ein Kabinett zum Rückzug gezwungen habe. Die Gegner Wolcarrs scheinen allerdings entsetzt zu sein, den baldigen Abstieg der Kuckrafion, in der Erwartung, daß nicht alle Hoffnungen Frankreich erfüllt werden, gegen Wolcarr auszusprechen. Tatsache ist und bleibt aber, daß hier aus innenpolitischen Gründen das Ende der außenpolitischen Spannung herbeigeführt wird. Es ist anzunehmen, daß die Kabinettfrage ernstlich ausgeworfen werden wird, sobald eine annehmbare Grundlage für eine Verständigung mit Deutschland erreicht worden ist.

Daraus darf aber nicht, wie gleich betont sei,
geschlossen werden, daß vor Befestigung der Ruhe-
situation ein Cabinetswechsel eintreten werde. An
die Möglichkeit einer derartigen Krise glaubt hier
niemand. Die Opposition hat sicher nicht die Ab-
sicht, sich dem Vorwurf auszugeben, daß sie aus

ten auf die bemerkenswerten, vernünftigen Rede, die Smuts vor einigen Tagen über die Reparationsfrage gehalten hat.)

GA Rom, 24. April. (Sig. Draht.) Kardinal Schulte wurde heute vom Papst in längerer Privataudienz empfangen. Der Kardinal wird auch am 26. April stattfindenden Sitzung der französischen Römische Kirche beiseite, zu der eine Reihe von französischen Bischöfen erscheinen wird. Man spricht davon, es sei beabsichtigt, zwischen Kardinal Schulte und den Franzosen eine Aussprache herbeizuführen, die zur Klärung der zwischen dem Bischof von Orleans, Lourdes, und dem Kardinal Schulte entstandenen Meinungsunterschiede beitragen soll.

WTB London, 24. April. Im Unterhaushaus fragte gestern Edgewood Kenn, ob von der französisch-belgischen Kommission ein neuer Plan für die deutschen Entschädigungen vorbereitet werde. Unterhaushaus-Minister McKell antwortete, er wisse darüber nur, was in den Zeitungen gelesen habe. An den Beratungen dieser Kommission nehme kein britischer Vertreter teil, und die britische Regierung würde einer Entscheidung aus dem Wege gehen, da der man in der Frage der Entschädigung ohne ihre Teilnahme gekommen sei.

1922 für 8,2 Milliarden Mark.
GA. London, 25. April. (Eig. Drahtb.) In
antwortung einer Anfrage im Unterhause teilte
der Schatzminister mit, daß die englische Regierung
in abgelaufenen Finanzjahre 8,2 Mil-
liarden Reparationen von Deutsch-
land erhalten habe.

GA. Frankfurt, 24. April. (Sig. Draht.)
Aus Rom wird der „Sig. Jg.“ gerichtet: Entgegen der allgemeinen Erwartung erklärte sich Mussolini von der Tagesordnung der Popolari abstinenten nicht abzuwenden und nahm die Demission der vier dieser Partei angehörigen Kabinettsmitglieder an. Die Wiederübernahme dieser Zeit ist noch nicht zu übersehen und zum abzuwenden. Jedenfalls handelt es sich nicht um eine eigentliche Kabinettskrise, da voraussichtlich Mussolini die vier streikenden Vortessenden und Unterstaatssekretariate streicht und die Regierung überhaupt vom Parlament unabhängig macht. Dieser Schritt bedeutet ein formliches Aufgeben des parlamentarischen Systems. Die letzten Kundgebungen Mussolinis, besonders am Gründonnerstag in Rom, deuten an, daß er seine Revolution nicht als vollendet ansieht. Darum scheint sich eine weitere Verschiebung. Ferner teilt der Kampf Mussolini von Sturze in ein aktives Stadium. Mussolini begründet die Annahme der Demission der Popolari-Minister ausdrücklich mit dem unabschließlichen Charakter der Turiner Tagung. Er stellt die Möglichkeit, daß die Popolari-Partei politisch zerfällt, bereits fest. Nach der Unterzeichnung des Abkommens, aus der Partei ausgeschleudert zu werden. Gegen den linken Flügel der Partei werden in Rom schon einen erkrankten Kampf führen, wie es in gleicher Weise der Sozialismus erkrankt.

WTF. Gefängnisse, 24. April. (Heldung des
Notstandes.) Am 24. April überreichte eine Ab-
ordnung dem blühenden deutschen Gelehrten die
Sympathiebriefe an das deutsche
Volk, die die Unterzeichneten von über 70000 in-
tischen Staatsbürgern aus verschiedenen Gesell-
schaften tragen. In der Ausarbeitung heißt es:
Seit Jahrhunderten war es unserer Seele ver-
gönnt, die Früchte der deutschen Eigen-
arbeit zu genießen. Deutsche Wäfen haben uns
unser Freiheit zu erringen. Jetzt, da Deutschland
Kultur vom Untergang bedroht ist, können wir
Völker nicht stillsitzen, die Gewalt uns
ansieht, die gegen ein mächtiges Volk
erhebt wird, sondern wir wollen unserer tiefen
Mitleidsgefühle Ausdruck geben. Man

Die neue Frage des amerikanischen Botschafters Wedgwood dem Premierminister, ob er die Dominions über die französische Bewegung des Budgetgebiets zu Rate gezogen habe, antwortete Stanley Baldwin, er habe seiner Unterhandlung mit Mr. Wicks zum Ausdruck gebracht, daß die britische Regierung in enger Fühlung mit den dominionale Regierungen in dieser Angelegenheit sei und zu einer befriedigenden Lösung kommen werde. Wedgwood dann fragte, ob die Regierung General Gault zu Rate gezogen habe, bevor er seine Rede hielt, worauf er für eine von derartigen der Regierung zuzustimmende Politik eintrat. Baldwin erwiderte, sein Kabinet hat bereits zu Rate gehen und eine entsprechende Stellungnahme abgeben, nicht anders.

Der Antrag gegen die Verjammlungspreßung, der von der bürgerlichen Arbeitseingemeinschaft eingebracht war, entfiel dem Kompromiß, das den bürgerlichen Parteien, insbesondere der Volkspartei, die Zustimmung zum Republikangebot erst ermöglichte. Die Sozialdemokratie hätte die Sozialdemokratie nun dem Antrage zustimmen müssen. Sie that ihm aber anbauerte Obstruktion entgegen. Kürzlich machte sie die Besprechung durch Verweigerung der Beschlußfähigkeit unmöglich. Damals schrieb die sozialdemokratische Presse, das sei geschehen, um die bürgerlichen zu veranlassen, bei einer so wichtigen Sache auch anwesend zu sein. Besten waren sie nun in großer Zahl vertreten, und es kam wenigstens zur Besprechung, aber dann legte die Linke ihre Obstruktion fort und machte das Haus beschlußunfähig. Die Auszählung ergab 100 vürgerliche Abgeordneten, die Sozialdemokraten hatten sich gedrückt, während zur Beschlußfähigkeit 200 notwendig gewesen wären. Im ganzen schickten 70 bürgerliche Abgeordnete, die sich vielleicht jetzt ihrer Blüthe erinnern

Das Verhalten der Sozialdemokratie ist deshalb unbegreiflich, weil sie doch ebenso wie die bürgerlichen ein Interesse am Verfallungsgesetz haben. Gerade der Himmel auf Bayern, den ich lieber Vogel mache, könnte ihnen das ja beweisen, und so mancher häusliche Streit mit den Kommunisten. Aber Herr Vogel meinte, da nach der Weimarer Verfassung alle Macht vom Volk ausgehe, müsse auch in den Versammlungen der politische Gegner zu Wort kommen! Das könnten nette Vorträgeungen geben! Die vernünftigen Genossen werden ob dieses häuslichen Lärmens die Hände über dem Kopf zusammenschlagen. Nach Vogels Logik hätte ja dann die Verordnung zum Schutze der Republik eigentlich keine Berechtigung! Wie man lokal ein Kompromiss einräumt, mag die Sozialdemokratie an dem Verhalten der Volkspartei im preussischen Landtage erkennen, die das Mißtrauensvotum gegen den Minister Severing ablehnte, obwohl auch sie an seinem Vorgehen mangelndes anzusehen hat.

Seiber gab es in der Sitzung des Reichstages wieder höchst unerquickliche Szenen. Der deutschvölkische Abgeordnete Henning ließ sich zu der Behauptung hinreißen, der Minister Cervering habe die Hausfurchungen bei den Deutschvölkischen augenblicklich der Franzosen vornehmen lassen. Diese im Angesichte des Heimbis allerdings unentschuldigbaren Worte — der Reichstagskammer der „Kön. Alt.“ meinte sie kennzeichneten und richteten die ganze völkische Bewegung — lösten auf der Linken Proteststürme aus. Justizminister Heineke wies im Namen der Reichsregierung die Anschuldigung Henning's energisch zurück.

Ein Versuch der Sozialdemokraten, die dritte Beratung über die Sprungungsvorlage an achte oder neunte Stelle der Tagesordnung am Mittwoch zu schieben, mißlingt; sie wird an erster Stelle stehen.

GA. Berlin 24. April. Der Reichstag verweigerte in seiner Sitzung vom Dienstag, dem 24. April, zunächst die Genehmigung zur Strafverfolgung für die Abg. Simons-
Schwaben (Csg.), Bruhn (D. R.), Thomas (Comm.)
und Kypfel (Csg.). Dann wurde die zweite Beratung, des
von den Mittelparteien beantragten

ortgefest. Danach soll, wer nicht verbotene Bestimmungen, Auflagen und Kundgebungen mit Gewalt oder durch Bedrohung verhindert oder sperrt, oder in unmittelbarem Zusammenhang damit Gewaltthaten begeht, mit Gefängnis bestraft werden, daneben kann auch ein Geldstrafe bis auf eine Million Mark erkannt werden. Auch der Versuch ist strafbar.

Der Aufsicht hat einen dazu von den früheren An-
gehörigen gestellten Antrag abgelehnt, daß die
Verhältnisse der Zuchtanstalt die Beamten betreffen
sollen, welche die ihnen gemäß dem Gesetz über den
Schutz der Republik übertragenen Pflichten wahrnehmen
oder vollständig unberücksichtigt lassen, die die ihnen übertragenen
Pflichten mittheilen. Die Abg. Semm und Grün-
ten haben den Antrag einstimmig abgelehnt.

മുഖ്യ മന്ത്രി (സംസ്ഥാനം)

[illegible]

A. Hammer Hammer & Co.

100

